

---

Ralf Schüll

**Schutz der Meinungsvielfalt  
im Rundfunkbereich  
durch das europäische Recht**

**unter besonderer Berücksichtigung  
des europäischen Wettbewerbsrechts**



Stämpfli Verlag AG Bern · 2006

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>XXI</b>
<b>Einführung und Zielsetzung .....</b>	<b>1</b>
<b>Erster Teil: Vorbemerkungen.....</b>	<b>7</b>
A. Begriffsbestimmungen.....	7
I. Begriff der „Meinungsvielfalt“ im deutschen Recht .....	7
1. Allgemeines .....	7
2. Verwendung im europäischen Kontext .....	9
3. „Pluralismus“, „Medienvielfalt“ und „Medienfreiheit“ als synonyme Begriffe? .....	10
II. Begriff des „Europäischen Wettbewerbsrechts“.....	12
III. Begriff des „Rundfunks“ .....	13
1. Rundfunkbegriff im deutschen Recht .....	13
a) Ausrichtung an die Allgemeinheit .....	15
b) Darbietung beliebiger Art .....	16
c) Verbreitung .....	17
d) Stellungnahme .....	17
2. Rundfunkbegriff im Gemeinschaftsrecht .....	18
3. Rundfunkbegriff im Rahmen der weiteren Erörterungen.....	20
B. Konzeptionen des ökonomischen und des publizistischen Wettbewerbs und jeweilige Konzentrationsanalyse.....	21
I. Unterscheidungskriterien zwischen ökonomischem und publi- zistischem Wettbewerb.....	22
1. Allgemeine Überlegungen .....	22
2. Konzeption des ökonomischen Wettbewerbs.....	23
a) Begriff und Erfolgsmaßstäbe .....	23
b) Funktionen .....	25
3. Konzeption des publizistischen Wettbewerbs .....	26
4. Fazit mit Blick auf den Rundfunkbereich .....	27
II. Vielfaltsaspekt im Rahmen der beiden Wettbewerbskonzeptionen .....	27
1. Konzeption des ökonomischen Wettbewerbs.....	28
2. Konzeption des publizistischen Wettbewerbs .....	28
3. Fazit.....	29
III. Ökonomische und publizistische Konzentrationsanalyse .....	31
1. Ziel der jeweiligen Konzentrationsanalyse .....	31

a)	Kriterium der Marktmacht im Rahmen der ökonomischen Konzentrationsanalyse .....	31
b)	Kriterium der Meinungsmacht im Rahmen der publizistische Konzentrationsanalyse .....	31
2.	Bestimmung der relevanten Märkte .....	34
a)	Ökonomische Konzentrationsanalyse .....	34
b)	Publizistische Konzentrationskontrolle .....	34
3.	Sonderfall des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	35
IV.	Optimierung der Meinungsvielfalt durch Regulierung .....	36
1.	Optimierung der Meinungsvielfalt durch Digitalisierung? ..	37
a)	Schlussfolgerungen aus der Programmvervielfachung...	37
b)	Bedeutung der sog. „rundfunkähnlichen Dienste“ .....	38
2.	Regulierung des Rundfunkmarktes in Deutschland .....	39
a)	Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	39
b)	Institutionelle Vorgaben .....	41
aa)	Organisation der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten .....	41
bb)	Programmangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten .....	43
c)	Strukturelle Vorgaben .....	45
C.	Rundfunk als Regelungsmaterie des Gemeinschaftsrechts .....	46
I.	Kompetenzgefüge des EG-Vertrages .....	46
1.	Grunddilemma: Rundfunk als Kulturgut oder als Wirtschaftsgut? .....	46
2.	Möglichkeiten einer europäischen Rundfunkpolitik .....	47
a)	Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	47
b)	Fehlen einer ausdrücklichen Kompetenz für den Rundfunk .....	48
c)	„Kulturkompetenz“ als Anknüpfungspunkt für eine Rundfunkkompetenz? .....	49
d)	Rundfunk als Dienstleistung im Sinne des EG-Vertrages .....	51
e)	Konsequenz: Differenzierte Zuständigkeitsordnung als Ausweg .....	52
3.	Grenzen einer europäischen Rundfunkpolitik .....	53
a)	Art. 151 Abs. 4 EG .....	54
b)	Grundsatz der Gemeinschaftstreue .....	54
c)	Subsidiaritätsprinzip gem. Art. 5 Abs. 2 EG .....	55
d)	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gem. Art. 5 Abs. 3 EG .....	56
e)	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk als Teil nationaler Identität .....	56

4. Fazit.....	57
II. Regelungstätigkeiten der Europäischen Gemeinschaft im Bereich des Rundfunks .....	58
1. Regelung des grenzüberschreitenden Fernsehens .....	58
2. Urheberrechtliche Regelungen.....	61
3. Standardisierung technischer Fernsehnormen.....	63
4. Kommerzielle Werbung.....	64
5. Filmwesen und Filmindustrie.....	65
6. Weitere Förderungsprogramme: KALEIDOSKOP, ARIANE, RAPHAEL, KULTUR 2000 und INFO 2000.....	67
7. Wettbewerbsrecht.....	68
8. Europäische Medienkonzentrationsrichtlinie.....	69
9. Weitere für den Rundfunkbereich wichtige Rechtsakte.....	71
<b>Zweiter Teil: Rundfunkfreiheit und Meinungsvielfalt im Gemeinschaftsrecht .....</b>	<b>74</b>
A. Primärrechtliche Vorgaben aus den freiheitlichen Verbürgungen und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen des Gemeinschaftsrechts..	75
I. Rundfunkfreiheit als ausdrücklich primärrechtlich normiertes Grundrecht.....	75
1. Exkurs: Grundrecht der Rundfunkfreiheit im deutschen Verfassungsrahmen .....	75
2. Fehlender positiver Grundrechtskatalog im EU- bzw. EG-Vertrag .....	78
3. Amsterdamer Protokollerklärung über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Mitgliedstaaten .....	78
II. Rundfunkfreiheit und Schutz der Meinungsvielfalt als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Gemeinschaftsrechts .....	80
1. Begriff, Gewinnungsmethode und Standard der allgemeinen Rechtsgrundsätze.....	81
2. Art. 10 EMRK und der Schutz der Meinungsvielfalt.....	83
a) Allgemeines zu Art. 10 EMRK.....	83
b) „Rundfunkfreiheit“ im Rahmen des Art. 10 EMRK.....	86
c) Art. 10 EMRK zwischen subjektivem Abwehrrecht und objektiv-rechtlicher Grundsatznorm .....	87
aa) Allgemeines.....	87
bb) Art. 10 Abs. 1 Satz 3 und Art. 10 Abs. 2 EMRK ....	89
cc) Zwischenergebnis.....	93
3. Gemeinsame Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten und der Schutz der Meinungsvielfalt .....	94
4. Schlussfolgerungen für den Schutz der Meinungsvielfalt als allgemeinem Rechtsgrundsatz des Gemeinschaftsrechts	96

III. Schutz der Meinungsvielfalt als Schrankenbestimmung im Rahmen der Grundfreiheiten .....	98
1. Allgemeine Bedeutung der Grundfreiheiten .....	99
2. Dienstleistungsfreiheit (Art. 49 EG) .....	99
a) Tatbestand der Dienstleistungsfreiheit im Rundfunkbereich .....	99
b) Rechtfertigung von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit .....	100
aa) Diskriminierende Maßnahmen .....	101
bb) Nicht-diskriminierende Maßnahmen .....	102
(1) Rechtfertigung aufgrund „zwingender Gründe des Allgemeinwohls“ .....	103
(2) „Umgehungsrechtsprechung“ des EuGH .....	105
3. Niederlassungsfreiheit (Art. 43 EG) .....	107
a) Tatbestand der Niederlassungsfreiheit im Rundfunkbereich .....	107
b) Rechtfertigung von Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit .....	107
aa) Diskriminierende Maßnahmen .....	108
bb) Nicht-diskriminierende Maßnahmen .....	109
4. Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 EG) .....	110
a) Tatbestand der Warenverkehrsfreiheit im Rundfunkbereich .....	110
b) Rechtfertigung von Beschränkungen der Warenverkehrsfreiheit .....	111
aa) Diskriminierende Maßnahmen .....	111
bb) Nicht-diskriminierende Maßnahmen .....	112
(1) Zwingende Erfordernisse im Sinne der sog. „Cassis de Dijon“-Formel .....	112
(2) Beschränkung der Verkaufsmodalitäten im Sinne der sog. „Keck“-Formel .....	113
5. Fazit .....	115
IV. Schutz der Meinungsvielfalt im Rahmen der „Querschnitts- oder Kulturverträglichkeitsklausel“ des Art. 151 Abs. 4 EG .....	117
B. Möglichkeit der Sicherung der Meinungsvielfalt durch eine Europäische Medienkonzentrationsrichtlinie .....	118
I. Bisheriger Erörterungsprozess .....	119
1. Grünbuch „Pluralismus und Medienkonzentration im Binnenmarkt – Bewertung der Notwendigkeit einer Gemeinschaftsaktion“ .....	119
a) Inhalt des Grünbuchs .....	120
b) Optionen für ein weiteres Vorgehen .....	122

2.	Folgereaktionen.....	122
3.	Grünbuch „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ ...	125
II.	Inhalt des Richtlinienentwurfs „Medieneigentum im Binnenmarkt“ .....	127
III.	Kompetenz zum Erlass einer Europäischen Medienkonzentrationsrichtlinie.....	129
1.	Allgemeine Überlegungen vor dem Hintergrund der aktuellen Entscheidungen des EuGH zur Tabakwerbung .....	130
a)	Grundlegendes bezüglich einer möglichen Harmonisierungskompetenz .....	130
b)	Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf eine Europäische Medienkonzentrationsrichtlinie .....	133
aa)	Gleichrang zwischen Art. 95 und Art. 47 Abs. 2 bzw. Art. 55 EG .....	133
bb)	Gleichrang zwischen den öffentlichen Interessen Schutz der öffentlichen Gesundheit und Schutz der Meinungsvielfalt .....	134
c)	Fazit .....	135
2.	Denkbare Kompetenzgrundlagen zum Erlass einer Europäischen Medienkonzentrationsrichtlinie .....	136
a)	Anknüpfung an die Warenverkehrsfreiheit – Kompetenz aus Art. 95 EG.....	137
b)	Anknüpfung an die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit – Kompetenz aus Art. 47 Abs. 2 und Art. 55 EG.....	139
c)	Anknüpfung an eine ergänzende Rechtsetzungsbefugnis – Kompetenz aus Art. 308 EG .....	146
d)	Fazit .....	147
3.	Grenzen einer Harmonisierungskompetenz .....	147
a)	Einschränkungen durch Art. 151 EG .....	148
aa)	Harmonisierungsverbot gem. Art. 151 Abs. 5 EG ..	148
bb)	„Querschnitts- oder Kulturverträglichkeitsklausel“ des Art. 151 Abs. 4 EG .....	149
b)	Subsidiaritätsprinzip gem. Art. 5 Abs. 2 EG .....	150
aa)	Allgemeines.....	150
bb)	Binnenmarktkompetenz – ausschließlich oder konkurrierend? .....	151
cc)	Wirkung des Subsidiaritätsprinzips.....	154
c)	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gem. Art. 5 Abs. 3 EG .....	155
aa)	Allgemeines.....	155
bb)	Geeignetheit .....	156
cc)	Erforderlichkeit .....	157

dd)	Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	159
(1)	Gegen ein Tätigwerden des Gemeinschaftsge- setzgebers sprechende Gründe.....	161
(2)	Für ein Tätigwerden des Gemeinschaftsge- setzgebers sprechende Gründe.....	163
(3)	Abwägung und Stellungnahme.....	164
4.	Schlussfolgerungen .....	166
C.	Sanktionsmöglichkeiten gem. Art. 7 EU gegen einzelne Mitgliedstaaten als Handlungsalternative .....	169
I.	Allgemeines.....	170
II.	Voraussetzungen und Verfahren der einzelnen Sanktions- möglichkeiten .....	171
1.	Vorfeldmaßnahmen gem. Art. 7 Abs. 1 EU .....	174
2.	Feststellungsbeschluss gem. Art. 7 Abs. 2 EU .....	173
3.	Sanktionsbeschluss gem. Art. 7 Abs. 3 EU .....	174
III.	Vereinbarkeit des Mediensystems in Italien mit den fundamen- talen Grundsätzen des Art. 6 Abs. 1 EU .....	176
1.	Merkmale der aktuellen Situation der Medienlandschaft in Italien .....	176
a)	Historie des italienischen Medienkonzentrationsrechts..	176
b)	Berlusconis aktuelle Kontrolle im Rahmen der dualen Rundfunkordnung .....	181
2.	Rechtliche Würdigung mit Blick auf Art. 6 Abs. 1 und Art. 7 EU .....	183
IV.	Rechtspolitische Perspektiven .....	184
1.	Handlungspflicht der übrigen Mitgliedstaaten aufgrund von Art. 10 EMRK.....	184
2.	Realistische Einschätzung .....	185
D.	Europäische Grundrechte-Charta als Zwischenstation zu einer Europäischen Verfassung.....	187
I.	Europäische Grundrechte-Charta.....	187
1.	Notwendigkeit einer Grundrechte-Charta .....	188
2.	Verfahren zur Ausarbeitung der Grundrechte-Charta .....	191
3.	Konzeption und Inhalt der Grundrechte-Charta im Allge- meinen .....	192
4.	Rundfunkfreiheit und Meinungsvielfalt innerhalb der Grundrechte-Charta.....	193
5.	Anwendungsbereich der Grundrechte-Charta und Ausblick	195
II.	Europäischen Verfassung .....	196
1.	Verfahren zur Ausarbeitung der Europäischen Verfassung.	196
2.	Konzeption und Inhalt der Europäischen Verfassung im Allgemeinen .....	198

3. Rundfunkfreiheit und Meinungsvielfalt innerhalb der Europäischen Verfassung.....	199
a) „Berliner Erklärung“ und „Kieler Depesche“ der DLM.....	199
b) Aufnahme in den abschließenden Text und Bewertung.....	200

### **Dritter Teil: Schutz der Meinungsvielfalt im Rahmen der bestehenden Europäischen Konzentrationskontrolle..... 202**

A. Konzentrationsphänomen im europäischen Rundfunk- bzw. Medienbereich.....	203
I. Begriff, Prozesse und Ebenen der Konzentration im Medienbereich.....	203
II. Struktur und Perspektiven der europäischen Medienkonzentration.....	205
1. Wachsende Bedeutung der Rechtsform der Aktiengesellschaft.....	207
2. Zunehmende Anzahl von Minderheitenbeteiligungen.....	208
3. Formierung von europäischen „Senderfamilien“.....	208
4. Bewertung und Ausblick.....	209
III. Konzentrationsimpulse im Medienbereich.....	210
1. Horizontale Konzentration.....	210
2. Vertikale Konzentration.....	214
3. Diagonale (konglomerate) Konzentration.....	217
IV. Ökonomische Auswirkungen der Konzentration im Medienbereich.....	219
1. Horizontale Konzentration.....	220
2. Vertikale Konzentration.....	222
3. Diagonale (konglomerate) Konzentration.....	222
4. Zusammenfassende Anmerkung und Blick auf die Auswirkungen von Marktmacht auf Meinungsmacht.....	223
B. Wettbewerb als Grundprinzip des Gemeinschaftsrechts.....	226
C. Konzentrationskontrolle im Rahmen des primären Gemeinschaftsrechts.....	229
I. Kartellverbot (Art. 81 Abs. 1 EG) und Missbrauchskontrolle (Art. 82 EG) und ihre Bedeutung für den Schutz der Meinungsvielfalt.....	229
II. Freistellung vom Kartellverbot (Art. 81 Abs. 3 EG) und Schutz der Meinungsvielfalt.....	231
D. Konzentrationskontrolle nach der Europäischen Fusionskontrollverordnung.....	237
I. Allgemeines zur FKVO.....	237
1. Entstehungsgeschichte.....	237



a) VO (EWG) Nr. 4064/89.....	237
b) VO (EG) Nr. 1310/97 .....	238
c) VO (EG) Nr. 139/2004 .....	239
2. Durchführungsverordnung .....	241
3. Bekanntmachungen und Mitteilungen .....	242
4. Prüfungsverfahren und Rechtsschutz .....	244
a) Anmeldung .....	244
b) Erste Prüfungsphase bzw. Vorprüfung .....	245
c) Zweite Prüfungsphase bzw. Hauptprüfungsverfahren ....	245
d) Rechtsschutz .....	246
5. Allgemeine statistische Angaben .....	246
6. Relevanz für den Rundfunk bzw. Medienbereich .....	248
7. Rangverhältnis zwischen den Konzentrationskontrollen im Rahmen von RfStV, GWB und FKVO .....	250
II. Anwendungsbereich .....	252
1. Gemeinschaftsweite Bedeutung gem. Art. 1 FKVO .....	252
a) Allgemeines .....	252
b) Würdigung für den Mediensektor.....	254
aa) Umsatzschwellen des Art. 1 Abs. 2 FKVO.....	254
(1) Weltweiter Gesamtumsatz der beteiligten Unter- nehmen von 5 Milliarden €.....	254
(2) De-minimis-Vorbehalt von 250 Milliarden € ....	256
(3) Zwei-Drittel-Klausel.....	257
bb) Umsatzschwellen des Art. 1 Abs. 3 FKVO.....	258
cc) Zusammenfassung.....	259
2. Begriff der beteiligten Unternehmen.....	259
III. Zusammenschlusstatbestand gem. Art. 3 FKVO.....	260
1. Allgemeines .....	260
a) Tatbestand des Art. 3 Abs. 1 FKVO und Begriff der Kontrolle gem. Art. 3 Abs. 2 FKVO.....	260
b) Gemeinschaftsunternehmen im Sinne des Art. 3 Abs. 4 FKVO .....	262
2. Würdigung für den Mediensektor .....	266
a) Auslegung des Art. 3 Abs. 3 lit. b) FKVO.....	267
b) Fehlende Berücksichtigung internen Wachstums .....	268
c) Fehlende Berücksichtigung publizistischer Kontrolle ....	268
d) Gemeinschaftsunternehmen im Sinne des Art. 3 Abs. 4 FKVO .....	269
IV. Zuständigkeit .....	271
1. Allgemeines .....	271
2. Art. 9 FKVO – die sog. „deutsche Klausel“.....	273
a) Allgemeines .....	273
b) Kommissionsentscheidung „MSG Media Service“ .....	274

3.	Art. 22 Abs. 1 FKVO – die sog. „holländische Klausel“ .....	275
a)	Allgemeines .....	275
b)	Kommissionsentscheidung „RTL/Veronica/Endemol“ ..	279
4.	Art. 21 Abs. 4 FKVO – die Geltendmachung berechtigter Interessen .....	279
a)	Allgemeines .....	279
b)	Berechtigtes Interesse der Medienvielfalt .....	281
c)	Kommissionsentscheidung „Newspaper Publishing“ .....	282
V.	Materielle Beurteilung von Zusammenschlüssen .....	283
1.	Allgemeines .....	283
2.	Marktabgrenzung .....	287
a)	Sachlich relevanter Markt .....	287
aa)	Allgemeines .....	287
bb)	Medien- und Rundfunkbereich im Besonderen .....	291
(1)	Fernsehen .....	293
(a)	Produktmärkte im Bereich der Programmausstrahlung .....	293
(aa)	Problem des eigenständigen Fernseh- oder Zuschauermarktes .....	293
(bb)	Markt für die Erbringung von Pay-TV-Dienstleistungen .....	299
(cc)	Kein eigenständiger Produktmarkt Free-TV .....	304
(dd)	Markt für Fernsehwerbung .....	305
(b)	Produktmärkte im Bereich der Programmbeschaffung .....	308
(aa)	Markt für unabhängige TV-Produktionen .....	308
(bb)	Fernsehrechte/-lizenzen .....	311
(c)	Produktmärkte im Bereich der technischen und administrativen Infrastruktur (Vertrieb) ..	315
(aa)	Administrative und technische Dienstleistungen für Pay-TV .....	315
(bb)	TV-Kabelnetze .....	320
(cc)	Bereitstellung von Transponderkapazitäten für Satellitenfernsehen .....	322
(dd)	Verteilung von Pay-TV und anderen verschlüsselten Fernsehprogrammen an direkt empfangende Haushalte .....	323
(ee)	Programmbündelung („Programm-Packaging“) .....	323
(2)	Radio .....	325
(3)	Presse .....	325

(a) Tageszeitungen.....	327
(b) Zeitschriften und Magazine.....	328
(c) Buchhandel.....	328
b) Räumlich relevanter Markt.....	329
aa) Allgemeines.....	329
bb) Medien- bzw. Rundfunkbereich im Besonderen.....	332
c) <i>Exkurs: Publizistisch relevanter Markt</i> .....	333
aa) Allgemeines.....	333
bb) Sachliche Dimension.....	334
cc) Räumliche Dimension.....	335
dd) Zusammenfassung.....	335
d) Schlussfolgerungen für den Aspekt der Meinungsvielfalt.....	336
3. Erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs.....	338
a) Allgemeines.....	338
b) Einzelmarktbeherrschung.....	339
aa) Allgemeines.....	339
bb) Beurteilung der Marktstellung.....	341
cc) Einzelne Kriterien zur Beurteilung der Marktbeherrschung im Medien- bzw. Rundfunkbereich.....	342
(1) Marktanteil.....	342
(a) Aussagekraft und Relativierung.....	342
(b) Berechnung.....	345
(2) Finanzkraft.....	346
(3) Potentieller Wettbewerb und Marktzutritts-schranken.....	346
(4) Stellung auf den vor- und nachgelagerten Märkten.....	348
(5) Konglomerate Aspekte.....	349
(6) Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts.....	350
c) Oligopolistische Marktbeherrschung.....	351
d) Unilaterale Effekte in oligopolistischen Märkten.....	353
e) Ausgewählte medien- und rundfunkrechtliche Entscheidungen.....	354
aa) Kommissionsentscheidung „MSG Media Service“.....	354
bb) Kommissionsentscheidung „Nordic Datellite Distribution“.....	358
cc) Kommissionsentscheidung „RTL/Veronica/Endemol“.....	362
dd) Kommissionsentscheidung „Bertelsmann/CLT“.....	365

ee) Kommissionsentscheidungen „Bertelsmann/ Kirch/Premiere“ und „Deutsche Telekom/Beta- Research“ .....	365
ff) Kommissionsentscheidung „TPS“ .....	373
gg) Kommissionsentscheidung „BIB/Open“ .....	376
f) Schlussfolgerungen für den Aspekt der Meinungsviel- falt .....	378
aa) Behandlung sog. Zukunftsmärkte im Medien- bzw. Rundfunkbereich .....	379
bb) Berücksichtigung der Sonderrolle des öffentlich- rechtlichen Rundfunks .....	383
cc) Programmvietalt versus Rechtfertigung wegen Entwicklung des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts .....	385
dd) Behandlung von Zusagen .....	386
ee) Zwischenergebnis .....	387
VI. Schlussfazit .....	387

#### **Vierter Teil: Schutz der Meinungsvietalt im Rahmen des Euro- päischen Beihilferechts .....**

A. Ausgangssituation .....	392
B. Beihilfecharakter der staatlichen oder staatlich veranlassten Finan- zierung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten .....	395
I. Problemaufriss .....	395
II. Entscheidungspraxis der Kommission und amtliche Mitteilun- gen in diesem Zusammenhang .....	396
III. Rechtsprechung des Gerichtshofs .....	400
IV. Stellungnahme .....	404
C. Beurteilung der Vereinbarkeit staatlicher Beihilfen in Form öffent- lich-rechtlicher Rundfunkgebühren mit dem Gemeinsamen Markt ..	408
I. Art. 87 Abs. 2 und Abs. 3 EG .....	408
II. Art. 86 Abs. 2 EG .....	409
1. Allgemeines .....	409
2. Voraussetzungen für die Ausnahmeregelung des Art. 86 Abs. 2 EG .....	411
a) Vorbemerkungen .....	411
b) „Vorprüfung“ .....	412
aa) Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und entsprechende Definition des öffent- lich-rechtlichen Auftrags durch den Mitgliedstaat ..	412

bb) Übertragung des öffentlich-rechtlichen Auftrags und Beaufsichtigung .....	415
cc) Fazit.....	416
c) Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Prüfung der Verhältnismäßigkeit .....	417
aa) Wahl des Finanzierungsmodus.....	418
bb) Transparenzanforderungen für die Beurteilung der staatlichen Beihilfe.....	419
cc) Verhältnismäßigkeit .....	421
3. Schlussfolgerungen für den Aspekt der Meinungsvielfalt ...	424
D.    Schlussfazit .....	426
<b>Zusammenfassung der Ergebnisse.....</b>	<b>428</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>434</b>
A.    Literaturverzeichnis .....	434
B.    Dokumenten- und Materialienverzeichnis .....	459
C.    Entscheidungsregister .....	478